



Terrorzelle hatte mehr Unterstützer als bekannt

Thüringer Verfassungsschutz geht von rund 20 Helfern aus – Justizministerin kündigt Opferentschädigung an

■ Grüne kritisieren, dass die Polizei eine Nazi-Gesinnung von Gewalttätern oft ignoriere

MIRIAM HOLLSTEIN UND
MATTHIAS KAMANN

Einhalb Wochen nach Aufdeckung der Neonazi-Mordserie wird das Ausmaß der Unterstützung immer größer. Der Thüringer Verfassungsschutz geht nach Medienberichten von etwa 20 Sympathisanten aus, die der Zwickauer Terrorzelle um Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe halfen. Laut „Spiegel“ wird gegen sechs Beschuldigte ermittelt. Diese Zahl wollte die Bundesanwaltschaft nicht bestätigen, aber ein Sprecher sagte, man habe „mehrere konkrete Personen aus dem Umfeld im Blick“. Festnahmen gab es aber offensichtlich noch nicht. Zudem teilte die Bundesanwaltschaft mit, dass in der Wohnung des Zwickauer Trios eine zweite Waffe gefunden wurde, mit der 2007 der Mordanschlag auf zwei Heilbronner Polizisten verübt wurde.

Dem „Spiegel“ zufolge führte der Thüringer Verfassungsschutz Ende der 90er-Jahre mindestens drei V-Leute im Umfeld des Trios. Neben dem Kopf des Thüringer Heimatschutzes, Tino B., Deckname „Otto“, habe zu den Informanten des Geheimdienstes auch der Chef der Thüringer Sektion der Organisation Blood & Honour gehört. Trotzdem gelang es später nicht, das Neonazi-Trio aufzuspüren. Eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einem Videopodcast. Es mache sie nachdenklich, dass die Suche nach den Tätern jahrelang erfolglos geblieben sei: „Hier werden wir genau hinschauen, ob wir etwas aus den Vorgängen lernen müssen.“

Während Bundespräsidialamt, Bundestag und Bundesregierung eine zentrale Gedenkfeier für die Opfer der Neonazi-Mordserie vorbereiten und mehrere tausend Menschen gegen rechte Gewalt

demonstrierten, kündigte Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) an, den Hinterbliebenen finanziell zu helfen. „Auch wenn finanzielle Hilfen das Leid nicht ungeschehen machen können, werde ich mit Opferentschädigungen aus meinem Haushalt versuchen, den Angehörigen ein Zeichen unserer Solidarität zu geben“, sagte sie der „Welt am Sonntag“. Unklar ist, ob solche Hilfe über die bestehenden Möglichkeiten hinausgehen soll. Bereits jetzt können nach dem Opferentschädigungsgesetz in der Zuständigkeit von Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) all jene Menschen Leistungen erhalten, denen durch körperliche Folgen von Gewaltverbrechen berufliche Nachteile entstanden.

Zum andern ist beim Bundesjustizministerium ein Fonds für „Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe“ angesiedelt. Aus diesem Fonds, der gegenwärtig jährlich eine Million Euro umfasst, kann Soforthilfe „bei Personenschäden oder immateriellen Schäden“ auch für Hinterbliebene gezahlt werden. Geschaffen wurde dieser Fonds 2001 durch Rot-Grün und sollte zunächst nur Opfern rechts-extremistischer Gewalt zugutekommen. Die Union aber forderte stets, die Reservierung für Neonazi-Opfer abzuschaffen, und heute bezieht sich der Fonds allgemein auf „extremistische Übergriffe“. Dies kritisieren die Grünen. Das Verhalten der Union sei „ein typisches Beispiel dafür, wie vonseiten der Konservativen das Thema rechtsextremistische Gewalt bagatellisiert worden ist“, sagte der rechtspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Jerzy Montag, der „Welt“.

Mangelnde Aufmerksamkeit für das Ausmaß rechtsextremistischer Gewalt beklagt auch Grünen-Chefin Claudia

Roth angesichts der großen Diskrepanz, die zwischen der offiziellen Behördenzahl von 47 Neonazi-Todesopfern im Zeitraum von 1990 bis 2009 und den Erhebungen der Amadeu-Antonio-Stiftung besteht, welche 182 Getötete zwischen 1990 und 2011 zählt. „Es ist wichtig, dass die Stiftung endlich die notwendige Aufmerksamkeit für ihre jahrelange akribische Arbeit erfährt“, sagte Roth der „Welt“. In der Vergangenheit seien „die möglicherweise rechtsextremen Motivationen von Tätern viel zu oft nicht mitgedacht“ worden. „Dass Staatsorgane offenbar auf dem rechten Auge blind waren, ist unerträglich.“ Nun müssten „die vielen Fälle, die nicht weiter untersucht und bei denen rechtsextreme Gewalt eine Rolle gespielt haben kann, offensiv aufgeklärt werden“.

Ähnlich argumentiert Christian Demuth, Vorsitzender der preisgekrönten sächsischen Initiative Bürger.Courage. „Man muss schon jemand mit Heil-Hitler-Rufen totschiessen, damit das von der Polizei als rechtsextreme Gewalttat eingestuft wird“, sagte Demuth dieser Zeitung. Oft handelten die Täter aus rassistischen Motiven, seien aber nicht in rechtsextremen Strukturen organisiert. Einige Behörden würden solche Vorfälle auch aus Sorge um das Image verharmlosen. „Wir brauchen eine offenere Zählweise“, fordert Demuth. Ein weiteres Problem seien rechtsextreme Tendenzen in den Reihen der Polizei: „Dabei handelt es sich um eine absolute Minderheit, aber es gibt sie, und die Polizei setzt sich nicht damit auseinander.“ Gleichzeitig würden Initiativen wie seiner Demokratiebekennnisse abverlangt: „Das ist eine Misstrauenserklärung und das Gegenteil von Unterstützung.“